

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Stadt sperrt fürs Klima die Technikumstrasse

Klimakampagne Gestern Abend stellte die Stadt einem Kreis von Aktivisten ihre Klimakampagne für dieses Jahr vor.

Delia Bachmann

Die Stadt setzt den angekündigten CO₂-freien Tag in die Tat um. Dies kommunizierte Barbara Günthard-Maier, FDP-Stadträtin und Vorsteherin des Departements Sicherheit und Umwelt, gestern im Alten Stadthaus vor geladenen Klimaaktivisten. Allerdings hat der CO₂-freie Tag einen neuen Namen erhalten. Er heisst jetzt Klimatag. Dies dürf-

te dem Umstand geschuldet sein, dass mit der Technikumstrasse zwar eine grosse und viel befahrene Strasse, aber eben nicht die ganze Stadt für den Autoverkehr gesperrt wird. Auch ein Datum steht fest: Die Stadt wählte den 13. September – einen Sonntag.

Stadt soll mutiger sein

Auf dem Vorplatz der ZHAW sind allerlei Aktivitäten, unter anderem eine Tavolata gegen Food-

Waste, geplant. In der Diskussion danach gab es neben viel Fundamentalkritik an der städtischen Klimapolitik auch vereinzelt Voten zum geplanten Klimatag: «Am Sonntag, wenn die Läden zu sind, kommen nur die ohnehin schon Sensibilisierten», wandte ein Aktivist ein. Eine Frau warf die Frage auf, was es bringe, eine einzelne, 700 Meter lange Strasse zu sperren, und forderte mehr Mut von der Stadt. (dba) **Seite 5**

Der Landbote
Mittwoch, 29. Januar 2020

5

Winterthur

«Mir geht es wie Greta»

Klimapolitik Gestern Abend stellte die Stadt geladenen Klimaaktivisten die für dieses Jahr geplante Kampagne vor. Beim späteren Diskutieren in Stuhlkreisen gerieten Stadträtin Barbara Günthard-Maier und ihre Mitarbeitenden immer stärker in die Defensive.

Delia Bachmann

Der Abend begann gut für Stadträtin Barbara Günthard-Maier. Die Stuhlreihen im Saal des Alten Stadthaus waren gut gefüllt. Eingeladen hatte die Stadt neben der Klimastreik-Bewegung auch die Klimagruppen der drei Winterthurer Kantonsschulen. Gekommen sind dann auch die Klimaeltern und die Klimagrosseltern. «Es freut mich, dass ihre euch auf den Dialog einlasst», begrüsst Günthard-Maier die Gäste und sagte als Anspielung auf Greta Thunberg: «Wir sind nicht in Davos am WEF und reden mit Trump. Wir sind hier in Winterthur und reden miteinander.» Dabei nutzte sie auch gleich die Gelegenheit, um auf bereits umgesetzte Massnahmen wie den aus dem Angebot gekippten Atomstrom hinzuweisen.

Die Fristverlängerung um ein Jahr für die Netto-Null-CO₂-Motion (bis 2050) brachte sie gleich selbst zur Sprache: «Wir brauchen ein Jahr für den Massnahmeplan. Das ist für die Politik relativ schnell», sagte sie. Und versuchte zu erklären, wie mehr Zeit am Ende sparen soll: «Mir geht es wie Greta, ich will nicht nur reden, sondern das Okay vom Volk, damit wir mit dem Umsetzen beginnen können.»

Tavolata beim Technikum

Zum Schluss stellte sie die geplante Sensibilisierungskampagne fürs kommende Jahr vor. Zu dieser zählen die Kampagne «Klima verrückt», die von Stadt zu Stadt wandert, und zwischen dem 20. Juni und 10. Juli in Winterthur gastieren soll. Geplant sind dafür fixe Installationen auf vier Plätzen, Führungen sowie Podiumsdiskussionen. Fest steht nun auch das Datum für den an-



Beim Dialog zwischen Stadt und Klimaaktivisten prallten gestern zwei Welten aufeinander. Foto: Marc Dahinden

gekündeten Klimatag. Es ist der 13. September 2020. An jenem Sonntag soll die Technikumstrasse für Autos gesperrt werden. Auf dem Vorplatz der ZHAW soll es ein Fest und verschiedene Aktivitäten geben. So soll unter anderem eine Tavolata

gegen Foodwaste geplant sein. Erneut stattfinden wird weiter die Stadtgmües-Erlebniswoche.

Zu wenig, zu langsam

Für die Aktivisten standen vier Personen vors Publikum. Den Anfang machte GLP-Politiker Ro-

ger Reuss mit einer Vorbemerkung: «In eineinhalb Stunden die Zusammenarbeit zwischen einer Protestbewegung und der Stadtverwaltung auszuloten, ist ein ambitioniertes bis illusorisches Vorhaben.» Er forderte ein zweites, längeres Treffen und beton-

te, die Zusammenarbeit müsse politisch relevant und dürfe keine Alibiübung sein: «Unser Logo ist kein Gütesiegel für die Klimapolitik der Stadt.» Solange die Stadt das Klimaziel Netto Null bis 2050 und nicht bis 2030 verfolge, gelte es, Kritik zu üben.

Danach äusserte sich Eleonora Pohl zu den geplanten Wissenslunches. So sei die Klimastreik-Bewegung bereit, bei der Weiterbildung städtischer Angestellter mitzuwirken. Es sei aber «symptomatisch», dass die Wissensvermittlung während dem Mittagessen stattfindet: «Wir möchten sie ermutigen, die angenehm ablenkende Komponente des Essens wegzulassen.» Das Grundsatzproblem sei aber, dass aus keinem der Programmpunkte eine CO₂-Reduktion resultiere. «Die Massnahmen dürfen sich nicht auf Unterhaltung, Erlebnis und Konsumieren eines vorgegebenen Programms beschränken.» Stattdessen sollen Menschen ihre Umgebung selbst gestalten können.

Diskutieren – aber wie?

Danach hätten Aktivisten und Stadtmitarbeiter in Kleingruppen über die Kampagne diskutieren sollen. Doch zunächst gab es eine Diskussion über die Diskussion: «Ihr kündigt einen runden Tisch an und stellt Stuhlreihen hin», sagte ein Mann. Eine Frau stellte den Nutzen der Kampagne in Frage und fand: «Es gäbe brennendere Themen, über die ich lieber diskutieren würde.» Die Sensibilisierungskampagne sei gesetzt, antwortete Julia Hofstetter, Sprecherin des Departements: «Es ist ein Bereich, in dem wir die Klimajugend brauchen könnten.»

In einem der fünf Stuhlkreise sass Josef Hunkeler, Bereichslei-

«Unser Logo ist kein Gütesiegel für die Klimapolitik der Stadt.»

Roger Reuss
GLP-Politiker und Klimaaktivist

ter Umwelt- und Gesundheitsschutz bei der Stadt und über weite Strecken damit beschäftigt, die trägen Prozesse der Politik zu verteidigen. Irgendwann sagte er: «Wir haben viel Kritik gehört, was wir jetzt brauchen sind konkrete Vorschläge.»

Die Aktivisten liessen sich nicht zwei Mal bitten. Die vorgebrachten Ideen reichten von der Aufhebung aller Parkplätze über einen stadtweiten veganen Tag bis hin zu Steuerreduktionen für Leute, die ihr Geld bei einer alternativen Bank haben. Schliesslich sagte eine junge Aktivistin: «Es wäre schön, wenn wir beim Massnahmeplan mitarbeiten können.» Darauf angesprochen sagte Barbara Günthard-Maier: «Mitarbeiten beim Massnahmeplan geht nicht. Aber wir prüfen, wie wir Inputs unkompliziert trotzdem mitberücksichtigen können.»

Am Ende des Abends wirkten beide Seiten ziemlich konsterniert. Eine Szene in der Schlussrunde brachte das Dilemma schonungslos auf den Punkt: «Es ist ein Notstand», rief eine Aktivistin. «Ein symbolischer Notstand», korrigierte Sprecherin Julia Hofstetter.